

PROTOKOLL

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und ehrenamtliches Engagement
am Dienstag, dem 20.09.2022,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: SoSpE/004/2022
Öffentliche Sitzung: 19:01 Uhr bis 20:41 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Uwe Hinze

stellv. Vorsitzende

Susanne Unnerstall

Mitglied CDU-Fraktion

Elisabeth Aryus-Böckmann
Karl-Heinz Gerling
Niklas Schulke

Vertretung für Frau Stefanie Ernst

Mitglied SPD-Fraktion

Lorenz Brieber
Jörg Mäscher
Uwe Plaß

Vertretung für Herrn Gerhard Boßmann

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Regina Haase
Malina Kruse-Wiegand

Mitglied UWG e.V. Fraktion (Grundmandat)

Matthias Pietsch

Mitglied FDP-Fraktion (Grundmandat)

Edith Kaase

Mitglied DIE LINKE.

Malte Schinke

Hinzugewählte

Peter Gromm
Lothar Hemminghaus
Rainer Mallon
Saskia Kimberly Paul
Monika Schnellhammer
Vanessa Sudhölter

ab 19.08 Uhr

Gäste

Gast/Gäste

zu TOP 7 Frau Mollenhauer Diakonie
Osnabrück Stadt und Land

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier
Mareike Mons
Christian Elscher
Marita Feller

ProtokollführerIn

Katharina Stobbe

Zuhörer

Presse

Zuhörer

Frau Grawe

2

Abwesend:

Mitglied CDU-Fraktion

Stefanie Ernst

Mitglied SPD-Fraktion

Gerhard Boßmann

Hinzugewählte

Carolin Nikolay

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Verpflichtung von hinzugewählten Mitgliedern
- TOP 4 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 27.06.2022
- TOP 6 Bericht der Verwaltung
- TOP 7 Antrag des Diakonischen Werkes in Stadt und Landkreis Osnabrück auf zusätzliche Mittel für die Psychologische Beratungsstelle der Diakonie in Melle
Vorlage: 01/2022/0250
- TOP 8 Änderung der Richtlinien des Rates der Stadt Melle über die Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundene Vergünstigungen vom 23.04.2020
Vorlage: 01/2022/0254
- TOP 9 Betriebsergebnisse Bäder 2021
Vorlage: 01/2022/0249
- TOP 10 Unterjähriger Finanz- und Leistungscontrollingbericht für den Ausschuss für Soziales, Sport und ehrenamtliches Engagement zum Stichtag 31.05.2022
Vorlage: 01/2022/0258
- TOP 11 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und Verwaltungsmitarbeiterinnen sowie die anwesenden Zuhörer und Zuhörerinnen und die Pressevertreterin des Meller Kreisblattes. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

TOP 3 Verpflichtung von hinzugewählten Mitgliedern

Der Vorsitzende verpflichtet mit Handschlag die anwesenden hinzugewählten Ausschussmitglieder Herrn Peter Gromm und Herrn Lothar Hemminghaus gemäß der Niedersächsischen Kommunalverfassung und weist sie auf ihre Pflichten hin.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung mit der Änderung der Abfolge fest, dass TOP 8 „Antrag des Diakonischen Werkes in Stadt und Landkreis Osnabrück auf zusätzliche Mittel für die Psychologische Beratungsstelle der Diakonie in Melle“ vorgezogen als TOP 7 behandelt wird. Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 27.06.2022

Das Protokoll wird einstimmig bei vier Enthaltungen genehmigt.

TOP 6 Bericht der Verwaltung

Herr Dreier berichtet wie folgt:

1. Flüchtlingssituation

Nach wie vor kommen auch in Niedersachsen ukrainische Flüchtlinge an, die über die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) mittels Bustransfers in die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt werden. Der Landkreis Osnabrück war seit Anfang Mai 2022 von diesen Verteilungen ausgenommen. Nunmehr hat die LAB NI wieder alle Kommunen in den Verteilmechanismus aufgenommen. Begründet wird dies mit dem notwendigen Abbau der Unterquote in Niedersachsen von derzeit noch 3.000 Personen. Unabhängig von diesem Verteilungsmechanismus sind in den letzten Monaten viele ukrainische Flüchtlinge dezentral aufgrund eines Ortsbezugs nach Melle gekommen.

Die LAB NI hatte ab der 34. KW die Zuweisung von bis zu 50 ukrainischen Flüchtlingen pro Woche je Landkreis bzw. kreisfreien Stadt angekündigt. Dementsprechend wurden

der Stadt Melle bereits in der letzten Woche 26 Flüchtlinge zugewiesen und in der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Philipps untergebracht. In der GU Phillips sind aktuell 58 von maximal 140 Plätzen belegt. In der Unterkunft in der Riemsloher Straße sind aktuell 8 Plätze von 24 belegt.

Nachdem der Landkreis zunächst von einem Drehkreuz mit Weiterverteilung der Flüchtlinge im Kreisgebiet ausgegangen ist, wurde aktuell aufgrund fehlendem Wohnraum entschieden, die GU in den nächsten Wochen voll zu belegen. Für diese Woche sind weitere 24 Personen angekündigt, von denen 11 Personen an umliegende Kommunen verteilt werden und 13 Personen in der GU verbleiben sollen. Der Landkreis Osnabrück rief außerdem die angehörigen Gemeinden dazu auf, Wohnraum für die Einrichtung von weiteren Gemeinschaftsunterkünften zu finden und signalisierte die Übernahme der dadurch entstehenden Kosten. Hier bestehe eine sehr gute Kooperation, da andere Landkreise im Vergleich die ukrainischen Flüchtlinge als Obdachlose werten und die Zuständigkeit für deren Unterbringung und Versorgung bei den Kommunen sehen.

Aktuell sind 464 Flüchtlinge aus der Ukraine bei uns registriert (+11 zur Vorwoche). Hinzu kommen die noch nicht registrierten Ankünfte aus der letzten Woche (490).

Daneben findet weiter der Verteilungsmechanismus für die anderen Asylbewerber statt. In der Unterkunft in Neuenkirchen befinden sich Stand heute 37 Personen und in Riemsloh 39 Personen. Zwei weitere Zuweisungen für Neuenkirchen sind angekündigt. Bzgl. der Asylaufnahmequote hätte die Stadt dann noch knapp 14 Personen aufzunehmen.

Die Koordination dieser Themen ist sehr aufwändig und hemme vor dem Hintergrund knapper Personalressourcen die Wahrnehmung anderer Aufgaben. Hier werde aber derzeit die Priorität gesehen und die Stadt versuche auch durch Personalumsetzungen diese Aufgabe zu bewerkstelligen.

Herr Gerling erbittet dazu die Auskunft, wie viele ukrainische Kinder sich derzeit in den Meller Schulen befänden und ob die Schule in Oldendorf aufgrund der dortigen GU besonders betroffen sei. Frau Mons antwortet, dass grundsätzlich alle Kinder in Schulen vermittelt würden. Die Zahl könne sie nachreichen. Es werde auf die gleichmäßige Verteilung auf verschiedene Schulbezirke geachtet, damit keine Überlastung kleiner Schulen entstehe. In Gesprächen mit dem Landkreis Osnabrück und dem Landesamt für Bildung und Schule würden Aspekte zur genauen Umsetzung wie z.B. die Schülerbeförderung geklärt.

2. Betrieb neues Jugend- und Kulturzentrum

Im Frühjahr 2023 soll das neue Jugendzentrum in Melle-Mitte seinen Betrieb aufnehmen. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des Jugendparlamentes, des Stadtjugendrings Melle e.V., des Jugendzentrums, des Familienbüros und der Stadtjugendpflegerin erarbeitet hierzu aktuell ein Konzept. Begleitet wird die Arbeitsgruppe durch die Stellwerk Zukunft gGmbH. Um die zukünftigen Besucher*innen zu beteiligen, wurde eine Onlineumfrage durchgeführt. Inhalte dieser Umfrage waren z.B.

„Was wünschen sich die Jugendlichen an Angeboten in dem neuen Jugendzentrum? Wie sollen die Öffnungszeiten gestaltet werden und welchen Namen soll das Jugendzentrum erhalten?“ Die Auswertung erfolgt aktuell in der Arbeitsgruppe. Durch die Beteiligung der zukünftigen Besucher*innen an den Planungen für den Betrieb des Jugendzentrums erhofft sich die Arbeitsgruppe, dass sich möglichst viele Gruppen und Jugendliche im Jugendzentrum wohl fühlen und sich das Jugendzentrum als ein gefragter Anlaufpunkt für die Jugendlichen in Melle entwickelt. In der nächsten Sitzung wird darüber ausführlich berichtet.

3. Konzept Jugendarbeit

Der Zeitplan für das Konzept der offenen Jugendarbeit sieht zurzeit die Analyse der Ausgangssituation und Bedarfslagen in den Stadtteilen vor. Die Auswertung erfolgt derzeit und wird in der nächsten Sitzung dieses Ausschusses vorgestellt.

4. Freibadsaison 2022

Die Freibadsaison 2022 war nach 2 Corona-Jahren mit Einschränkungen eigentlich wieder die erste Normalsaison. Leider gab es zum Saisonbeginn (und auch im Verlauf des Sommers) bekanntermaßen z.T. erhebliche Personalprobleme, so dass nicht in allen Freibädern die sonst üblichen Eröffnungstermine eingehalten werden konnten. Lediglich das Freibad Riemsloh konnte planmäßig am 1. Mai öffnen. Die übrigen Bäder folgten dann Anfang Ende Mai bzw. Anfang Juni.

Ebenfalls krankheitsbedingt musste das Freibad Wellingholzhausen am 04.09.22 geschlossen werden, das Wellenbad und die Freibäder Oldendorf und Neuenkirchen folgten dann eigentlich ziemlich planmäßig am 11.09.2022. Das Freibad Riemsloh bleibt (derzeit auch mit Einschränkungen) noch bis 25.09.22 geöffnet. Das Hallenbad ist seit 12.09.22 ebenfalls wieder im Normalbetrieb mit allen Öffnungszeiten für den Schul- und Vereinsbetrieb sowie die Öffentlichkeit.

Die Besucherzahlen der Freibäder entwickelten sich trotz der teilweise etwas verkürzten Saisonzeiten gegenüber dem Corona-Jahr 2021 relativ positiv. Die Gesamtbesucherzahlen aller Bäder stiegen um 76,5 % von 81.010 auf 143.010 Besucher. Die Einnahmen ebenfalls um knapp 72 % von 151.900,00 EUR auf 261.100,00 EUR. Verglichen mit 2019, also dem letzten vor-Corona-Jahr, sind es allerdings immer noch gut 12 % weniger Besucher und Einnahmen.

Es gab allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Bädern. Das Freibad Wellingholzhausen konnte seine Besucherzahlen lediglich um knapp 20 % auf 19.261 steigern, während die beiden kleinen Bäder Oldendorf und Neuenkirchen trotz eingeschränkter Saisonzeit rekordverdächtige Besucherzahlen von 11.500 bis über 12.000 Besucher verzeichnen konnten. Diese Zahlen gab es selbst in Normaljahren zuletzt 1992.

Die Gesamtübersicht aller Bäder wird dem Protokoll beigelegt.

Frau Kruse-Wiegand erkundigt sich, wie mit den im letzten Protokoll beigefügten in der Jugendkonferenz erarbeiteten Ideen weiter vorgegangen werde. Außerdem fragt sie an, ob nach Fertigstellung des Jugendzentrums dort eine Besichtigung oder auch eine Sitzung durchgeführt werden könne. Herr Dreier teilt mit, dass Arbeitsgruppen zusammen mit dem Jugendzentrum in regelmäßigen Treffen die Umsetzung der Maßnahmen weiterentwickeln würden. Eine mögliche Besichtigung oder Sitzung werde je nach Baufortschritt im Auge behalten.

Ergänzend stellt Herr Dreier zur Flutlichtanlage in Neuenkirchen klar, dass im Gegensatz zur Darstellung im Zeitungsartikel am vorherigen Wochenende die Aushändigung der Schlüssel nicht vor der offiziellen Abnahme erfolgt sei, sondern diese von Vereinsmitgliedern eigenmächtig durch Entnahme aus dem Schlüsselkasten in Betrieb genommen worden sei. Herr Elscher fügt hinzu, dass die dort aufgetretenen Fehler über Wochen nicht dem Sportbereich mitgeteilt worden, sodass die Schäden ohne deren Kenntnis auch nicht behoben werden konnten.

**TOP 7 Antrag des Diakonischen Werkes in Stadt und Landkreis
Osnabrück auf zusätzliche Mittel für die Psychologische
Beratungsstelle der Diakonie in Melle
Vorlage: 01/2022/0250**

Herr Dreier erläutert einleitend die Beschlussvorlage, woraufhin Frau Mollenhauer als Geschäftsführerin der Diakonie als Gast zu dem Thema referiert. Sie dankt für die Einladung und freut sich in der zweiten Legislaturperiode nach Frau Schnellhammer dem Ausschuss als Hinzugewählte beizuwohnen. Sie stellt die in der Vorlage nachzulesenden umfangreichen Angebote der Diakonie vor, die in der Kirche gewachsen sind, und betont die Wichtigkeit deren Aufrechterhaltung. Insbesondere die Lebensberatung für verschiedenste Schicksalsschläge und Schwierigkeiten sei eine Vorstufe der Psychotherapie und fange viel auf, was andere Fachstellen nicht bieten können. Als freiwillige Aufgabe werde diese nicht durch staatliche Gelder gesichert oder vom Gesundheitswesen finanziert. Derzeit betrage die Wartezeit auf einen von der Krankenversicherung bezahlten Therapieplatz 6 – 9 Monate. In dieser Übergangszeit können hilfebedürftige Personen ohne Unterstützung ihr Leben jedoch nicht bewerkstelligen. Die Beratung der Diakonie wird von breiten Bevölkerungsgruppen jeglichen Alters, Geschlechts, Bildungsstandes sowie Migrationshintergrundes angenommen. Auch werden ganze Systeme beraten, da eine Beratung oft mehrere Personen betreffe. Der Bedarf sei ganz unterschiedlich. 5 – 20 Sitzungen mit einer durchschnittlichen Gesamtdauer von 7,9 Std. würden pro Person durchgeführt.

Vorsitzender dankt für den Vortrag.

Herr Pietsch befürwortet den Antrag. Die Unterstützung des Antrags sei für ihn in Anbetracht der fehlenden finanziellen Regelung selbstverständlich, um diese Lücke zu füllen und vorhandene Bedarfe zu decken. Er erkundigt sich, wie das Vorgehen diesbezüglich bei anderen Städten sei. Frau Mollenhauer führt aus, dass die Finanzierung oft durch die kirchlichen Träger erfolge, aber aufgrund der gesunkenen Kirchenmitgliederzahl früher besser war. Eine kommunale Förderung in unterschiedlicher Form finde ebenfalls in anderen Städten statt. Der Kirchenkreis Melle musste in der Vergangenheit sehr sparen, habe aber bisher geschafft, die Finanzierung in gleichen Umfang aufrechtzuerhalten, auch in Zeiten von Corona per Video, Telefon und Beratung auf Abstand. Sie setzt sich auch weiter für ein

kostenloses Angebot ein, da sich viele Menschen diese Dienstleistung mit einem Eigenkostenbeitrag nicht leisten können.

Frau Kruse-Wiegand unterstützt ebenfalls den Antrag im Namen ihrer Partei und damit die Finanzierung auch jenseits der Kirche. Sie betont, dass 17,1 % der Krankschreibungen aufgrund psychischer Ursachen erfolgen und es sich dabei häufig um einen zeitlich längerdauernden Personalausfall handele. Laut Zahlen der Krankenkassenstatistik stiegen psychische Erkrankungen in der letzten Zeit an, sodass die Bedarfsdeckung in Zukunft noch wichtiger werden würde.

Frau Kaase erwähnt, dass sie als Heilpraktikerin ihre Patienten gerne zur Diakonie vermittele, denn diese könne das bieten, was sie und andere Ärzte auch aus Zeitgründen nicht leisten können. Sie befürwortet ebenfalls den Beschlussvorschlag.

Herr Brieber erklärt für die SPD ebenfalls die Zustimmung des Antrags insbesondere in diesen schwierigen Zeiten. Er wirbt für eine Mund-zu-Mund-Propaganda, damit diese guten Angebote von noch mehr Menschen erreichen. Auf seine Anfrage, ob die geplanten Gruppenangebote für Trennungskinder in 2022 nun stattgefunden hätten und wie sie angenommen wurden, teilt Frau Mollenhauer mit, dass diese nach einigen Anlaufschwierigkeiten wieder angelaufen sind. Nachdem die Menschen die Hemmschwelle überwunden hätten ihre Problemlage mitzuteilen und um Hilfe zu bitten, war es dann umso schwieriger diese nach zwei coronabedingten Absagen wieder zu der Teilnahme zu motivieren. Die Trauerbewältigungsgruppen laufen ebenfalls wieder. Sobald Gruppen laufen, können diese endlos aufgebaut werden. Irgendwann sei es aber auch wichtig, die betroffenen Menschen nach erfolgter Unterstützung wieder in die Selbstständigkeit zu überführen.

Frau Unnerstall spricht sich im Namen der CDU ebenfalls für dieses gute und niedrigschwellige Angebot aus. Herr Gerling erkundigt sich noch, was der Siechenfond ist, der mit 5.000 € jährlich ebenfalls das Beratungsangebot der Diakonie unterstütze. Herr Dreier erklärt, dass der Siechenfond Melle-Gesmold laut einer Stiftungssitzung durch die Schirmherren Herrn Hammerstein und die Kraft ihres Amtes amtierende Bürgermeisterin der Stadt Melle verwaltet werde, die über die Anträge zur Unterstützung Bedürftiger entscheiden. Diese haben hier ebenfalls unüblicherweise eine längere Förderungsdauer dieses Projekts beschlossen.

Herr Hinze bedankt sich für die wichtige Arbeit, die die Diakonie leiste. Seiner Meinung bemesse sich der Wert der menschlichen Gemeinschaft danach, wie mit den Schwachen umgegangen werde.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Antrag des Diakonischen Werkes in Stadt und Landkreis Osnabrück vom 01.08.2022 auf die Erhöhung des jährlichen Zuschusses für die Psychologische Beratungsstelle der Diakonie in Melle wird auf Basis der Richtlinie für die Gewährung freiwilliger Zuwendungen auf dem Gebiet der freien Wohlfahrtspflege der Stadt Melle zugestimmt. Der jährliche Zuschuss beläuft sich ab dem Jahr 2023 auf 16.100 €.

**TOP 8 Änderung der Richtlinien des Rates der Stadt Melle über die
Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundene
Vergünstigungen vom 23.04.2020
Vorlage: 01/2022/0254**

Herr Dreier erläutert die Beschlussvorlage. Nach jährlicher Evaluation des Familienpasses, der in Melle bereits eine lange Tradition der Förderungen und Vergünstigungen habe, seien bei der Änderung der Richtlinie insbesondere die Erweiterung des Personenkreises und der Einkommensgrenzen sowie die Einführung eines neuen Zuschusses für Schulbedarf erwähnenswert, da die gesetzlichen Leistungen für Bildung und Teilhabe oft nicht ausreichend seien.

Vorsitzender dankt für die Ausführung.

Frau Haase begrüßt die Änderungen. Sie will für eine bessere Bewertung gerne noch wissen, wie viel Kosten die einzelnen Bereiche des Familienpasses ausmachen, z.B. wie viele ermäßigungsfähige Veranstaltungen es gäbe. Des Weiteren fragt sie an, wie die Leistungen angenommen werden und ob es Bereiche gebe, bei den in der Bevölkerung kein Interesse an der Beantragung bestehe. Herr Dreier trägt vor, dass über 50 % der gesamten Ausgaben auf die Haushaltszuschüsse, an zweiter Stelle i.d.R. auf die Geburtszuwendungen und an dritter Stelle auf die Gebührenbefreiungen entfielen. In den restlichen Förderungsbereichen fallen Kosten im dreistelligen Hunderterbereich an und werden daher im Vergleich weniger angenommen. Zu beachten sei, dass in den Corona-Jahren weniger in Anspruch genommen wurde, da es aber auch weniger förderungsfähige Veranstaltungen gegeben habe, sodass die Zahlen ebenfalls kein normales Bild darstellen. Frau Feller ergänzt, dass besonders in dieser Zeit viele aufgrund des Aufwands nicht die Notwendigkeit sahen, Anträge auf zu stellen, z.B. auch Familien mit einem Kind bei einem Zuschuss von knapp 40,00 €. Zu den Vergünstigungen bei kulturellen Veranstaltungen führt sie aus, dass Veranstalter diese oft aus eigene Kasse bezahlen und durch Einsparungen an anderer Stelle kompensieren, sodass sich dieser Punkt nicht sehr auf die städtische Haushaltskasse auswirke.

Herr Mäscher wirft die Frage auf, ob im Rahmen der Änderung auch möglich wäre, auf die 50%-ige Zuzahlung bei Ferienpass-Veranstaltungen zu verzichten. Frau Feller schlägt vor, in der Arbeitsgruppe zunächst zu beobachten, wie sich die Zahlen durch die Erweiterung des Berechtigtenkreises entwickeln. Frau Mons bekräftigt dies und äußert, dass zur weiteren Prüfung dieses Vorschlags zunächst Daten erhoben werden müssen.

Auf Nachfrage von Frau Kaase, ob die ukrainischen Flüchtlinge auch von der Anspruchsberechtigung profitieren, wird erklärt, dass dies als Arbeitslosengeld II-Leistungsberechtigter möglich ist.

Herr Plaß erkundigt sich, ob es eine Evaluation gebe, wie bekannt die Familienpass-Leistungen überhaupt seien z.B. auch bei Menschen mit Migrationshintergrund, um zu wissen, dass das nun erweiterte Angebot auch genutzt werde oder ob es stärker beworben werden sollte. Frau Feller gibt an, dass es keine Erhebungen dazu gebe, aber viele Flyer im Jobcenter und in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege verteilt werden, auf die dann im Rahmen einer Beratung aufmerksam gemacht werde. Auch gebe es englischsprachige Flyer, die die Sprachbarriere senken. Frau Mons weist darauf hin, dass es in der Arbeitsgruppe auch die Intention gebe, die Werbung auch über Familienzentren deutlich zu erhöhen.

Herr Hinze bemerkt, dass dies ein sinnvoller Beschluss am Weltkindertag sei.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle stimmt den Änderungen der „Richtlinien der Stadt Melle über die Ausgabe eines Familienpasses und damit verbundenen Vergünstigungen“, wie sie der Beschlussvorlage 01/2022/0254 vom 31.08.2022 beiliegen, zu.

TOP 9 Betriebsergebnisse Bäder 2021
Vorlage: 01/2022/0249

Herr Elscher erläutert die Informationsvorlage anhand einer Präsentation. Besonders macht er auf die dringende Personal- und Auszubildendensuche im Bäderbereich aufmerksam, welches das größte Problem in der Zukunft sein werde.

Vorsitzender dankt für den Vortrag.

Auf die Verständnisfrage von Frau Unnerstall zum Unterschied zwischen Schwimmmeister und Fachangestellter für Bäderbetriebe, erklärt Herr Elscher, dass der Schwimmmeister der Badleiter mit Meisterausbildung für höherwertige Aufgaben und der Fachangestellte für Bäderbetriebe der Gehilfe für einfachere Aufgaben zuständig sei. Des Weiteren möchte sie wissen, wie sich der diesen Sommer nicht stattgefundene Parallelbetrieb von Freibad und Hallenbad im Gröngegaubad ausgewirkt habe und ob dieser Parallelbetrieb künftig in Anbetracht der aktuellen Energieproblematik erforderlich sei. Herr Elscher äußerte, dass diese personalausfallbedingte Änderung aufgrund der guten Wetterlage diesen Sommer bei den Badegästen nicht negativ aufgefallen sei. Da durch einen Parallelbetrieb aber nicht viel mehr Energiekosten entstünden, heißt er einen Parallelbetrieb bei wechselnder Wetterlage weiterhin für gut, sofern eine Aufsicht gewährleistet werden könne. Er weist zusätzlich darauf hin, dass die meisten Bäder an eine Fernwärmeleitung angeschlossen seien. Lediglich in Wellingholzhausen und Oldendorf werde mit Gas geheizt, wobei in Wellingholzhausen auch eine Solaranlage existiere. Es gebe auch Überlegungen die Heizart zu wechseln, wobei da auch die künftigen Kostensteigerungen für Fernwärme und Strom für den Betrieb der Pumpen nicht vergessen werden dürfen. Herr Gerling wirft ein, dass beim Grönegaubad die Stromkosten laut der Übersicht lediglich 8 % und die Investitionskosten den tragenden Faktor ausmachen. Herr Elscher geht davon aus, dass dort Erhöhungen eintreten würden und stellt im Vergleich dar, dass in den älteren Freibädern die Energiekosten aufgrund der geringeren Abschreibungskosten einen größeren Anteil ausmachen.

Frau Haase fragt an, inwieweit eine Badabdeckung zum Energieeinsparen sowie die Weiterverwendung von Wässern anstatt diese abzulassen möglich und effektiv wären. Dieses Vorgehen hätte es in Bad Schwalbach gegeben, wovon sie begeistert sei.

Herr Elscher berichtet, dass eine Badabdeckung wie in Riemsloh mit einer gehobenen Wassertemperatur sehr effektiv sei. In Wellingholzhausen werde über Nachrüstung mit einer Badabdeckung nachgedacht. Bei dem Wellenfreibad hätten Firmen aufgrund der schwierigen Form und Größe davon abgeraten. Das Wasser in den Freibädern müsse in jedem Fall zur Vermeidung von Frostschäden sowie in Fällen eines erhöhten Grundwasserstandes über den Winter im Becken verbleiben, bis auf eine kleine Menge bei der Überlaufrinne. Über eine Weiterverwendung des Wassers wurde hingegen beim Hallenbad nachgedacht, aber diese Idee sei aufgrund des damit verbundenen unverhältnismäßigen Aufwands wieder verworfen worden. Insgesamt fragt er sich, welchen Nutzen dieses Vorgehen aus Umweltgründen überhaupt hätte, sodass es für ihn eher eine

Marketingmaßnahme darstelle. Des Weiteren würde das Wasser bei einem Ablassen über die Elbe ebenfalls dem Naturhaushalt zugeführt werden und den niedrigen Grundwasserstand erhöhen.

Herr Plaß erkundigt sich zum Thema der Sicherheit in den Bädern in der vergangenen Saison. Herr Elscher lässt wissen, dass es am Ende der Saison ein paar massive Beschwerden über die bekannte Problematik gegeben habe. Diese einzelnen Vorfälle seien dem Personalmangel geschuldet. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit neue Mitarbeiter, die die Hintergründe in Melle nicht kannten, bereits zu Beginn der Saison diesbezüglich Grenzen aufgezeigt und eingegriffen hätten. Die Problematik müsse weiterhin bedacht werden. Er betont dabei, dass ein sich festgesetzter Ruf des Bades erstmal schwierig loszuwerden sei.

Herr Schinke fragt, warum die Besucherzahlen in den Bädern so stark gesunken seien und ob es kreative Ideen gäbe wie diese wieder gesteigert werden könnten. Herr Elscher teilt mit, dass die rapide runtergehende Besucherentwicklung in den Bädern unabhängig von Corona in einem geänderten Freizeitverhalten sowie längerer Schuldauer begründet sei. Frau Mons führt aus, dass dies kein Meller Problem sei, sondern die Besucherzahlen deutschlandweit generell zurückgegangen seien. Das Freibad sei nicht mehr so der Treffpunkt wie früher, mitunter aufgrund der Ganztagschulen, Medien und ähnlichem. Dazu gab es noch eine Anmerkung, dass auch mehr private Pools in den Gärten stehen und genutzt würden.

Frau Kaase ist der Ansicht, dass auch die Wassertemperatur entscheidend für die Entwicklung der Besucherzahlen sei. Als regelmäßige Badbesucherin stellt sie im Vergleich mit dem Schwimmbad in Herford fest, dass es dort aufgrund der wärmeren Wassertemperatur immer sehr voll sei. Auch in Riemsloh, wo es eine höhere Wassertemperatur gebe, seien die Besucherzahlen konstant geblieben. Das Wellenbecken müsste ihrer Meinung nach wärmer sein, wenn es die Energiesituation erlaube. Dafür könne das Sportbecken 1-2 Grad weniger an Temperatur haben. Durch kaltes Wasser würde Melle insbesondere Familien mit Kindern als Kunden verlieren. Insbesondere für kleine Kinder sei kaltes Wasser abschreckend und verhindere die positive Gewöhnung an das Wasser. Sie appelliert daran, dies in Zukunft zu bedenken.

Der Sachverhalt wurde von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

**TOP 10 Unterjähriger Finanz- und Leistungscontrollingbericht für den Ausschuss für Soziales, Sport und ehrenamtliches Engagement zum Stichtag 31.05.2022
Vorlage: 01/2022/0258**

Zur Informationsvorlage gibt es keine Fragen und Anmerkungen.

Der nachfolgende Sachverhalt wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

TOP 11 Wünsche und Anregungen

Herr Gerling erkundigt sich, wieviel Wasser für die Bewässerung der Sportplätze im Sommer erforderlich sei und wo Zisternen zu diesem Zweck aufgebaut werden können. Er habe von Unterschieden im Umfang der Bewässerung in den verschiedenen Ortsteilen gehört.

Herr Elscher stellt klar, dass einzelne Stadtteile nicht mehr bewässert würden und es auch keinen Grund dafür gäbe. Die Bewässerung erfolge möglichst wassersparend. Eine tägliche

Beregnung mit geringen Mengen finde nicht statt, um flaches Wurzelwachstum zu verhindern, das zu Trockenheitsanfälligkeit, schlechter Scherfestigkeit und einem Wachstum von nicht geeigneten Rasensorten führen würde. Die Rasenflächen würden nach Empfehlungen zur Sportplatzpflege zweimal wöchentlich richtig durchfeuchtet mit 10 l / m², also würden 70 m³ pro Sportplatz benötigt. Die Literatur gehe davon aus, dass in nassen Jahren 500 m³ und in trockenen Jahren 1500 m³ für einen Sportplatz erforderlich seien. In diesem Jahr würden in Melle sicher 1000 bis 1500 m³ je Sportplatz verbraucht. Bei dieser Größenordnung sei eine Zisterne für die Sportplatzberegnung nicht sehr zielfördernd, da es nie 70 m³ regne und diese nach einer Beregnung leer wäre. Eine Zisterne wäre eher in kleinteiligen Bereichen, wie Tennisplätzen, geeignet. Dann müssten eher riesengroße Regenrückhaltebecken gebaut werden, die 1500 m³ und zusätzlich die Regenrückhaltung speichern müssten. In Westerhausen sei dieses Jahr ein Brunnen für die Sportplatzberegnung gebohrt worden, mit dem die neu installierte Zisterne ständig mit Wasser gefüllt werden könne. Dies sei aber auch eine Entnahme von Trinkwasser und entlaste somit nur das Leitungs- und Pumpennetz des Wasserwerkes. Insgesamt würde die Bewässerung in den nächsten Jahren sicher auch von der Bevölkerung wieder thematisiert werden. Zu beachten sei, dass diese für den Werterhalt und die Weiternutzung der Sportplätze erforderlich sei.

Frau Haase wirft ein, dass die Möglichkeit künstlicher Rasenflächen bedacht werden müsse, die nicht beregnet werden müssten. Herr Pietsch bittet um die Durchführung eines langfristigen Kostenvergleichs der Unterhaltung eines Natur- und eines Kunstrasenplatzes, der seiner Meinung nach aufgrund der Wasserknappheit erforderlich sei. Herr Elscher bestätigt, dass dieses Thema nicht nur ein finanzielles, sondern aufgrund der Wasserverfügbarkeit auch ein gesellschaftspolitisches sei.

Der Vorsitzende bedankt sich für die konstruktive Beratung und die Vorbereitung der Verwaltung und schließt die Sitzung um 20:41 Uhr.

gez. 19.10.2022
Uwe Hinze

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

gez. 19.10.2022
Andreas Dreier

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

gez. 14.10.2022
Katharina Stobbe

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)